

den bei dem Jahresforum für die Personalwirtschaft Power of People 07 einig. Selbst der Transport-Anbieter TNT, der von Hewitt Associates zwei Mal in Folge zum attraktivsten Arbeitgeber Österreichs gewählt wurde, hat laut Newirth enorme Schwierigkeiten bei der Personalsuche. „Wir müssen mehrmals Stellenrate schalten, um überhaupt einen Pool an Bewerbern zu bekommen“, versichert der HR-Manager. Thomas Fent vom demographischen Institut der Österreichischen Akademie der

Bedürfnisse.

Geld als Grundbedürfnis

Das bedeutet jedoch nicht, dass Geld für den Arbeitnehmer keine Rolle spielt. Finanzielle Absicherung ist ein Grundbedürfnis, das jedenfalls gedeckt sein muss, erklärt Doris Yrmazal, die Betriebsratsvorsitzende von TNT. Der Arbeitnehmer muss auch das Gefühl haben, entsprechend dem Wert seiner Arbeit entlohnt zu werden. Sonst würde „Dienst nach Vorschrift“ geleistet werden, erklärt Yrmazal.

men (verantwortlich) an der Folge loyaler und engagierter sein.

Einheitliches Konzept

Für Fent erfordert die momentane Situation des Arbeitsmarkts ein „ganzheitliches Konzept“ im Personalmanagement. Unternehmer müssten eine demographische Bestandaufnahme von ihren Mitarbeitern machen und darauf basierend ein Konzept ausarbeiten, das auf jede Altersstufe und Spezifika der Mitarbeiter eingeeicht. So bräuchten Eltern von Kleinkindern an-

unterschiedlichen Alters und mit Behinderungen bewusst eine Vielfalt in das Unternehmen eingebracht. „Es entstehen dadurch viele Spannungen“, berichtet Yrmazal. Die Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der einzelnen Gruppen führe oft dazu, dass sich manche Gruppen benachteiligt fühlen. Dennoch ist Yrmazal von dem Erfolg des Modells überzeugt. „Die Fluktuationsrate bei TNT hat sich verbessert“, meint sie. ■

treten mit Bewunderungen beglückwünschten. Diejenige, die die Zahl der Bediensteten mit Behinderung innerhalb der Legislaturperiode auf die vorgesehene Quote oder zumindest um 10 Prozent erhöhen.

Bericht des Wissenschaftsministers über die Änderung der Studienbeihilfe. Ein Gesetzesentwurf sieht die Erhöhung der Studienbeihilfe um zwölf Prozent vor. Damit wird die momentane Höchstbeihilfe von 606 Euro monatlich auf rund 679 Euro angehoben. Während der Durchschnittsbeihilfe der Beihilfe derzeit 275 Euro beträgt, wird er nach der Gesetzesänderung 308 Euro ausmachen. Von der Erhöhung werden die Studenten voraussichtlich schon im Herbst profitieren. ■

Führungskräfte im Schlachtfeld am Arbeitsplatz

■ Wer löst Konflikte der Mitarbeiter?

Wien. (sd) Kriegszustände zwischen einzelnen Abteilungen sind keine Seltenheit. Und doch werden Konflikte in der Arbeitswelt oft unterdrückt oder übergangen, anstatt sie zu lösen. Doch wer soll für solche Streitfälle im Unternehmen zuständig sein: der Chef oder ein außenstehender Dritter?

Mit dieser Frage beschäftigen sich heimische Wirtschaftsmediatoren in der vergangenen Woche bei einer Veranstaltung über Wirtschaftsmediation. Die Unternehmensberaterin und Mediatorin Manuela Walsler plädierte dafür, jemanden von außen beizuziehen, „wenn Koalitionen gebildet werden.“

Externer Schlichter

Interne Streitschlichter würden nämlich Gefahr laufen, in das Kriegsspiel involviert zu werden. Dabei müssten Führungskräfte den ersten Schritt machen und um externe Hilfestellung ansuchen. Walsler ge-

stand, dass das eine große Herausforderung sein kann. Martina Berghuber, Mediatorin und Coach, erklärte den Grund: „Wenn eine Führungskraft zum Chef geht und bittet, für einen Konflikt einen Mediator zu beauftragen, denkt sich der Chef oft, dass die Führungskraft inkompetent ist, das Problem selbst zu lösen.“

Das Problem ist – da waren sich alle Teilnehmer der Veranstaltung einig –, dass Mediation als freiwillige, nicht-gerichtliche Streitbeilegung einfach noch nicht hinreichend bekannt und

akzeptiert ist. Dabei seien mediatorische Kenntnisse wie Kommunikationsfähigkeiten und Empathie für Führungskräfte von großem Nutzen, erklärte Herbert

Dobrovolyh von der Generaldirektion des Österreichischen Rundfunks Human Resources. ■
Infos über Mediation unter www.oebn.at/cms/



Wenn im Büro Kampfstimmung herrscht. Foto: photos.com

■ Amtlich

Am 30. April 2007 sind erschienen:

Bundgesetzblatt für die Republik Österreich

Teil II/Nr. 99 und 100

99. Verordnung: Überziehung der Bundeshochschulzeit für die befristete Beschäftigung von ausländischen Fachkräften (Fachkräfte-BHZUV 2007).

100. Verordnung: Geflügelhygieneverordnung 2007.

Beziehen Sie die gedruckte Ausgabe des Bundesgesetzblattes im Jahresabonnement oder im Einzelverkauf bei:

Wiener Zeitung
Digitale Publikationen,
Frau Ilse Freyer
(Tel.: 01/206 99/DW 295,
E-Mail: lfreyer@wienerzeitung.at)

Im Internet:
<http://www.bgb1.at>